

S T A D T L A H R

Bebauungsplan KLEINFELD-SÜD, 2. Änderung  
B e b a u u n g s v o r s c h r i f t e n

A) Rechtsgrundlagen:

§§ 1, 2, 8, 9 und 31 des Bundesbaugesetzes -BBauG- vom 23.06.1960 (BGBI. I S. 341).

§§ 1 - 23 der Verordnung über die bauliche Nutzung von Grundstücken (BauNutzungsverordnung) -BauNVO- vom 26.11.1968 (BGBI. I S. 1237; berichtigt 1969 BGBI. I S. 11).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung) -PlanZVO- vom 19.01.1965 (BGBI. I S. 21).

§§ 94 und 111 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg -LBO- i.d.F. vom 20.06.1972 (Ges.Bl. S. 352).

B) Planungsrechtliche Festsetzungen:

§ 1

Art und Maß der baulichen Nutzung

Ausnahmen nach § 3 Abs. 3 BauNVO sind gemäß § 1 Abs. 4 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

§ 2

Bauweise

Abweichende Bauweise, hier Reihenhausbauweise gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO.

C) Bauordnungsrechtliche Festsetzungen:

§ 3

Gestaltung der Gebäude

Geneigte Dachflächen sind mit Ziegeln zu decken. Ebene Dächer sind, soweit diese nicht als Terrassen genutzt werden, zu bekiesen. Im übrigen sind die Dachflächen in dunkler Farbe zu halten.

§ 4

Garagen und Stellplätze

(1) Garagen sind als Massivbauten zu errichten und mit ebenen Dächern zu versehen.

(2) Die Überdachung von Stellplätzen bedarf der Genehmigung.



§ 5  
Außenanlagen

- (1) Einfriedigungen an den Verkehrsflächen dürfen nur in Form von Heckenpflanzungen bis 0,80 m Höhe angelegt werden.  
Im übrigen sind - soweit erforderlich - Maschendrahtzäune bis 0,80 m Höhe über Gelände zulässig.
- (2) Freiflächen sind, soweit sie nicht für Stellflächen und deren Zufahrten, für Wege oder als sonst befestigte Flächen benötigt werden, gärtnerisch zu gestalten.

§ 6  
Genehmigungspflichtige Anlagen

Anlagen nach § 89 Abs. 1 Nr. 12 b, 13 a, 23, 26, 29 LBO sind genehmigungspflichtig.

Lahr, den 17.01.1977  
STADTPLANUNGSAMT



(Dr.-Ing. Kugler)  
Stadtbaudirektor

DER OBERBÜRGERMEISTER



(Dr. Brucker)

Genehmigt gemäß § 11 des  
Bundesbaugesetzes vom 18.08.1976  
BGBl. I S. 2256

Regierungspräsidium Freiburg

Freiburg i. Br., den 14. Feb. 1977



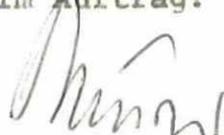
Im Auftrag



Die 2. Änderung wurde am  
7. März 1977 rechtsverbindlich.

Lahr, den 14.03.1977

Im Auftrag:



( Steurer )  
Stadtoberbaurat

